



OFFENER BRIEF:

Stiftung kreuznacher diakonie fordert Gerechtigkeit bei der Verteilung von Corona-Prämie

23. April 2021

Die Stiftung kreuznacher diakonie ist aus ihrem Selbstverständnis heraus eine Solidargemeinschaft, die sich seit mehr als 130 Jahren um Menschen kümmert, die Hilfe benötigen. Wir haben aber auch eine Solidargemeinschaft unter den Kolleg*innen, die ein engmaschiges Netz knüpfen, um Hilfebedürftige aufzufangen. Die Stiftung kreuznacher diakonie ist Träger von mehr als 120 Einrichtungen: Krankenhäuser, Hospize, Senioren-, Wohnungslosen-, Kinder-, Jugend- und Familienhilfe-Einrichtungen, Sozialstationen sowie Wohnungen und Werkstätten für Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen und psychischen Erkrankungen. Die Stiftung bildet Menschen im Sozial- und Gesundheitswesen aus, um dieses Netzwerk stabil zu halten. Fast 6900 Mitarbeitende in Rheinland-Pfalz, dem Saarland und in Hessen fangen Menschen auf, beraten, begleiten und pflegen Kranke, Sterbende, Senioren, Kinder- und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und Wohnungslose. Auch die Kolleg*innen in der Verwaltung, in der Küche, im Reinigungsdienst sind wichtige und entscheidende Teile dieses Netzes.

Corona-Prämien, die einzelne Kolleg*innen und Berufsgruppen in diesem Netz vernachlässigen, das wir als sozialer Träger geschaffen haben, reißt Löcher in diese Solidarität. Unser Staat, unsere Gesellschaft, die Menschen brauchen dieses stabile Netz. Der Vorstand der Stiftung kreuznacher diakonie und die Gesamtmitarbeitervertretung fordern alle politisch Handelnden auf, bei der Entscheidung über weitere Unterstützungsmaßnahmen für Gerechtigkeit bei der Verteilung zu sorgen und die gelebte Solidarität nicht durch weitere Ungerechtigkeiten zu strapazieren.

Die so genannten Corona-Prämien der vergangenen Monate für Menschen, die in der Pflege arbeiten, waren und sind richtige Signale. Doch in der Praxis führen diese Prämien zu massiven Ungerechtigkeiten. Das liegt zum Teil an den Tarifstrukturen, denen ein so großer Träger wie die Stiftung kreuznacher diakonie unterliegt. Zum großen Teil aber an den gesetzlichen Vorgaben bei der Verteilung von staatlich finanzierten Prämien. Das muss sich ändern, wenn neue Corona-Prämien beschlossen und ausgezahlt werden. Denn die finanziellen Mittel für die Beschäftigten kommen nicht oder nur unzureichend bei den Menschen an, die die Last der Pandemie tragen und entscheidende Beiträge zur Bewältigung der Katastrophe leisten.

Konkrete Beispiele:

- Die Kolleg*innen der **Seniorenhilfe und in den Hospizen** kämpfen seit einem Jahr gegen die Vereinsamung und Isolation der ihnen anvertrauten Menschen. Sie werben in vielen Gesprächen mit den Angehörigen um Verständnis, dass die Besuchsregelungen massiv eingeschränkt wurden. Sie haben alle Möglichkeiten genutzt, um Sterbende nicht ohne den Zuspruch ihrer Angehörigen gehen zu lassen. Auf eine Impfung mussten sie lange warten. Erst jetzt sind sie geschützt.
Alle Mitarbeitenden in diesen beiden Bereichen haben eine staatliche Corona Prämie erhalten.
- Die Kolleg*innen in der **Behindertenhilfe** kämpfen dafür, die Menschen zu schützen, die sich selbst aufgrund geistiger Beeinträchtigungen nicht durch das Tragen von Masken oder der Einhaltung von Abstandsregelungen schützen konnten. Sie haben die Klienten mit hohem Engagement beschäftigt, während Besuchs- und Lockdown-Verordnungen deren Bewegungsfreiheit eingeschränkt haben. Sie fangen Aggressionen und selbst gefährdendes Verhalten auf, um diesen Menschen die für sie unverständlichen Änderungen ihres Alltags annehmbar zu gestalten. Die Impfungen für diesen Bereich stehen weitestgehend noch aus.
Keiner dieser Kolleg*innen hat eine staatliche Corona-Prämie erhalten.
- In der **Kinder-, Jugend- und Familienhilfe** sind Lockdown, Masken-Pflicht und Abstandsgebote bei den jungen Klient*innen auf oft Unverständnis und Ablehnung gestoßen. Trotzdem haben hier die Kolleg*innen ein Ausbreiten der Infektion bislang verhindern können, wohlwissend, dass die Impfungen hier noch sehr lange auf sich warten lassen. **Eine staatliche Corona-Prämie gab es für diese Mitarbeitenden nicht.**
- Das **Sozialpädiatrische Zentrum**, das jährlich 3500 Kinder- und Jugendliche mit chronischen Erkrankungen, Entwicklungsauffälligkeiten, angeborenen oder erworbenen Behinderungen und Verhaltensauffälligkeiten und deren Eltern berät, betreut und begleitet, arbeitet ununterbrochen unter Corona-Bedingungen weiter. **Eine staatliche Corona-Prämie wurde diesen Kolleg*innen nicht zuteil.**
- Die Arbeit in der **Wohnungslosenhilfe** hat sich ebenfalls in der Pandemie zusehends erschwert. Auch hier gilt es, den Klienten Vorsichtsmaßnahmen im Alltag plausibel zu machen - stets mit dem Risiko sich selbst zu infizieren. **Keine/r der Kolleg*innen bekam eine staatliche Corona-Prämie.**
- In den **Rehabilitationsfachdiensten** hat die Pandemie erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit mit den Patienten, die oft aufgrund ihrer eingetretenen gesundheitlichen Schäden in einem emotionalen Ausnahmezustand sind. Die Kolleg*innen haben hier trotz hohem Ansteckungsrisiko hoch engagiert weitergearbeitet. **Staatliche Corona-Prämien haben sie nicht erhalten.**
- Die 6 **Krankenhäuser** der Stiftung im Saarland und in Rheinland-Pfalz waren voll und werden in der dritten Welle wieder hoch belastet. Die Kolleg*innen haben nahezu alle eine Erstimpfung erhalten. Sie haben lange Zeit mit der Belastung leben und arbeiten müssen, viele Patient*innen mit

schweren Verläufen zu behandeln und sterben zu sehen, mit der Gefahr, sich selbst und die eigene Familie anstecken zu können. Sie haben aufgrund langer Zeit anhaltender Lieferschwierigkeiten für Tests das Risiko einer schleichenden Verbreitung des Virus getragen. Corona-Prämien haben jedoch nur die Mitarbeitenden der Krankenhäuser erhalten, die entsprechend der Verteilungspläne des Bundes als Schwerpunkt-Krankenhäuser ausgewiesen waren. **Auch bei der jetzt neuen staatlichen Prämie vom März 2021 führen die vorgegebenen Verteilungsschlüssel schon wieder zu Ungerechtigkeiten.**

Das Netz der Hilfe ist aufgrund der gesellschaftlichen Belastungen – zusätzlich durch die Pandemie – zum Zerreißen gespannt. Daher appellieren wir an alle Entscheidungsträger in der Politik: Berücksichtigen Sie alle Mitarbeitenden in den sozialen Einrichtungen dieses Landes, die gegen die Pandemie kämpfen. Helfen Sie die Ungleichbehandlung zu beenden. Helfen Sie, dass sich alle Berufsgruppen gleich wertgeschätzt fühlen.



Dr. med. Dennis Göbel

Vorstand Krankenhäuser und Hospize



Sven Lange

Vorstand Soziales



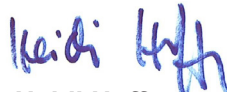
Andreas Heinrich

Vorstand Finanzen



Sabine Richter

Theologische Vorständin (komm.)



Heidi Hoffmann

Gesamtmitarbeitervertretung